

Senjoren Unlon

**WIR
ÜBER
60**



Ausgabe 2 | 2008

hellwach!

In diesem Heft:

- Delegiertenversammlung am 8. Juli
- Grußworte von Pflüger und Schmitt
- 4 Seiten Termine aus den Bezirken

Am 25. August fahren wir mit der
Heidekrautbahn





**Wir wünschen
Gottes Segen,
viel Glück und
Gesundheit!**

65. Geburtstag:

Jens Friedrich
Jürgen Pusch
Ralf-Peter Richter
Peter Schmoll

70. Geburtstag:

York Albrecht
Heinz Delenschke
Gisi Girguleit
Erich Grunow

Prof. Dieter Haller

Hannelore Mörchel

Peter Jürgen Schneider

Renate Schulz

75. Geburtstag:

Erika Appelt

Brigitte Ludwig

80. Geburtstag:

Erwin Baumgart

Hans-Klaus Höfer

Günter Jaster

Kathi Müller

Dr. Sabine Wahl

Kurt Winkelmann

Christa Winterfeldt

85. Geburtstag:

Günter Harnisch

Henning Niefert

92. Geburtstag:

Dr. Martha Bergmann

93. Geburtstag:

Prof. Wolfram Persun

96. Geburtstag:

Elsbeth Hentschel

Edeltraut Krause

97. Geburtstag:

Elly Reichwein

98. Geburtstag:

Erna Orlowski

IMPRESSUM

Ausgabe 2 | 2008

Herausgeber und verantwortlich für

den Inhalt: Senioren Union Berlin

Wallstraße 14 a, 10179 Berlin

☎ 32 69 04 35, Fax: 32 69 04 56

redaktion@seniorenunion-berlin.de

Sprechstunden:

Donnerstags von 9 bis 12 Uhr

Bankverbindung: Deutsche Bank Berlin

Kto-Nr.: 589 80 02, BLZ: 100 700 00

Layout, Druck & Verlag: acurat

Johannes Eydinger, Hubertusstraße 20

13469 Berlin, acurat-verlag@gmx.de

Erscheint vierteljährlich vorm nächsten

Quartal. **Der Redaktionsschluss für die**

nächste Ausgabe ist der 31. August

2008. Der Bezugspreis ist im Mitglieds-

beitrag enthalten.

DETLEF SCHMIDT

Wir können stolz auf uns sein!

Liebe Mitglieder der Senioren Union Berlin!

530.000 Berlinerinnen und Berliner stimmten für Tempelhof. Die Senioren Union war unermüdlich im Einsatz und hat für das Entstehen dieses großartigen Ergebnisses einiges beigetragen. Ich danke Allen für Ihr tolles Engagement. Die Senioren Union kann stolz auf ihre Kampagnenfähigkeit sein, aber sie kann sich nicht ausruhen.

Die Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl steht an. Sie kennen die Statistiken. Ohne die Stimmen der Senioren generation kann und wird keine Partei eine Wahl gewinnen, auch eine CDU nicht. Wir sollten uns dieser Tatsache immer bewusst sein – aber auch die Kandidatinnen und Kandidaten wissen es. Stellen Sie deshalb bei allen Vorstellungen Fragen und achten Sie auf die Antworten.

Ihnen ist wie mir bekannt, zum 1. Juli 2008 gibt es eine Rentenerhöhung. Ganz wenig, aber immerhin ein Stück-

chen in die richtige Richtung könnte man feststellen, wenn da nicht zum gleichen Zeitpunkt auch diverse Kosten uns langsam, aber sicher weglaufen würden.

Eine Meldung in der „Berliner Morgenpost“ vom 10. Juni 2008 zeigt beispielhaft, aber deutlich, was ich meine:

„Patienten müssen mehr für Medikamente zahlen“

Viele gesetzlich Krankenversicherte müssen wieder mehr für Medikamente ausgeben. Für rund 3000 zuletzt zu-

zahlungsfreie Arzneimittel müssen Verbraucher seit 1. Juni wieder fünf bis zehn Euro zuzahlen. Dies teilte der Apothekerverband ABDA mit. Au-

ßerdem müssen Patienten für 3.100 Präparate neben der Zuzahlung einen Aufpreis zahlen, wie der Verband Pro Generika

Fortsetzung auf Seite 4



Detlef Schmidt wurde kürzlich für 50 Jahre CDU-Mitgliedschaft geehrt ...



... und mit ihm viele andere verdiente Parteimitglieder auch. Herzlichen Glückwunsch!

Fortsetzung von Seite 3

erklärte. Einzelne Apotheker berichten bereits von großem Unmut ihrer Kunden.

Schuld ist das System sogenannter Festbeträge. Das sind Obergrenzen, bis zu denen die Krankenkassen den Preis für Arzneimittel übernehmen. In der Regel bewirken sie, dass die Hersteller ihren Preis auf oder unter den Festbetrag verringern. Nun sind zum 1. Juni viele Festbeträge gesenkt worden. Doch nicht alle Hersteller zogen mit Preissenkungen nach. Damit stieg die Zahl der Arzneien, deren Preis über dem Festbetrag liegt, binnen eines Jahres um 31,7 Prozent, wie Pro Generika erklärte. Die Differenz zwischen dem, was die Krankenkasse zahlt, und

dem Apothekenpreis müssen Patienten zuschießen.

Darüber hinaus wird für viele Arzneien wieder Zuzahlung verlangt. Waren am 1. Januar noch 11.507 Präparate von der Zuzahlung befreit, so waren es am 1. Juni nur noch 8.539. Auch dahinter stecken die Festbeträge.“

Zum 1. Juni sind die Leistungen der Pflegeversicherung erweitert und verbessert worden. Dies ist eine gute Nachricht, wenn man nicht gleichzeitig zur Kenntnis nehmen müsste, dass auch die Beiträge gestiegen sind.

Sie merken, es gibt genügend Themen, die man mit dem zukünftigen Repräsentanten

unserer Partei im Deutschen Bundestag diskutieren kann. Die Senioren Union ist das Sprachrohr der Älteren in der CDU, aber aufgeschlossen, um mit der Jugend gemeinsame Lösungen zu suchen.

Wenn Sie möchten, schreiben Sie uns Ihre Meinung, Ihre Anregungen, Ihre Sorgen. Wir machen Ihre Anliegen zu Themen.

Die Delegiertenversammlung am 8. Juli in Reinickendorf gibt erste Gelegenheit sich zu äußern. Gäste sind herzlich willkommen.

Ihr


Landesvorsitzender

Reisedienst **STELLMACHER**



Horst Stellmacher
Freiheitstraße 20
15745 Wildau

Telefon: 0 33 75 - 50 22 66 ♦ Telefax: 0 33 75 - 55 40 23
E-Mail: buchung@reisedienst-stellmacher.de



Wir unternehmen Tagesfahrten in das Berliner Umland und Mehrtagesfahrten zu den schönsten Reisezielen in ganz Europa. Unser kleines, aber erfahrenes Reisetem kann auf eine langjährige Erfahrung in Sachen **Seniorenreisen** zurückblicken. Unseren Katalog senden wir Ihnen bei Interesse gern zu.

FRIEDBERT PFLÜGER

Volksabstimmung war ein Erfolg

Wir haben eine enorme Mobilisierung bei der Frage zur Zukunft des Flughafens Tempelhof erreicht. Es war schon ein Erfolg, mit 205.000 Unterschriften einen Volksentscheid zu erzwingen. Wir haben zwar die verfassungsrechtliche Hürde der notwendigen 611.000 Stimmen nicht ganz erreicht, aber wir haben mit 530.000 zu 350.000 deutlich mehr Ja- als Nein-Stimmen. Es hat ein breites bürgerliches gegeben, das über 100.000 Stimmen mehr erreicht hat, als Wowereit bei der Abgeordnetenhauswahl 2006 für seine Partei SPD erreicht hat. Das ist ein Erfolg.

Wir fordern den Regierenden Bürgermeister auf: Es gibt ein deutliches Signal der Berliner, Tempelhof offen zu lassen – und darauf muss Herr Wowereit eine Antwort finden: Die geplante Schließung zum 31.10.2008 muss zurückgenommen werden. Tempelhof kann ohne jedes rechtliche Risiko bis zur Eröffnung von BBI Flughafen bleiben.

Es geht darum, den Mehrheitswillen der Berlinerinnen und Berliner zu akzeptieren und umzusetzen. Herr Wowereit muss jetzt



sagen, was passiert. Wir fordern ihn nachdrücklich auf, die Chancen dieses Innenstadtflughafens nicht zu verspielen: Investitionen und Arbeitsplätze braucht diese Stadt, nicht neue Wiesenmeere und Grillplätze. Ich fordere Wowereit zu Verhandlungen mit dem Bund und Brandenburg auf, Tempelhof langfristig für den Flugverkehr zu nutzen.

Wir haben immer gesagt: Wir wollen BBI und niemand will den neuen Großflughafen behindern oder gar verhindern. Aber die Probleme, die sich beim Projekt BBI stellen, sind doch hausgemacht – in der Verantwortung des Aufsichtsratschefs Wowereit:

Die dritte Ausschreibung läuft gerade. Der Chefplaner zieht sich zum Jahresende aus dem Projekt zurück. Die Klagewelle reißt noch immer nicht ab. Gerade erst hat der Flughafenchef Schwarz auf die enorm gestiegenen Fluggastzahlen in Berlin hingewiesen. Einige Stimmen kündigen bereits von einem weiteren Ausbau am Standort Tegel für weitere 15 bis 20 Millionen Euro.

Der Regierende Bürgermeister Wowereit und der rot-rote Senat vollziehen vollkommen ohne Not die Schließung Tempelhofs zum 31. Oktober. Sie tragen deshalb allein die vollständige Verantwortung für jegliche eventuelle Mehrkosten in Tempelhof und Tegel, Kapazitätsengpässe, Klagen, Regresszahlungen, ausbleibende Investitionen. Tempelhof zu schließen ist nicht nur politisch dumm, sondern vor allem ökonomisch dämlich.

Der Autor ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

INGO SCHMITT

2009: ein entscheidendes Wahljahr

Gibt es unwichtige Wahlen? Nein natürlich nicht, aber es gibt zweifelsohne solche, deren Bedeutung von besonderer Wichtigkeit sind. Und die nächste Bundestagswahl ist eine solche, weil eine einschneidende Verschiebung des politischen Koordinatensystems droht, wie wir es seit der Gründung der Bundesrepublik und der Wiedervereinigung nicht erlebt haben. Es droht eine Linksregierung von zwei Parteien, die in ihrer Programmatik, dem angeblich „demokratischen“ Sozialismus huldigen.

Die Berlinerinnen und Berliner, zumal die an Jahren älteren, wissen was Sozialismus in welchem Gewand auch immer für die Menschen bedeutet. Wenigstens Bevormundung und oft genug Unfreiheit. Über Schlimmeres mag man gar nicht nachdenken.

Für die Sozialdemokratie der Vergangenheit unter Kurt Schumacher, Ernst Reuter oder Helmut Schmidt,

um nur einige zu nennen, wäre es undenkbar gewesen, in Berlin oder gar in Deutschland mit den SED-



Nachfolgern zu regieren. Für die SPD von heute ist es das mitnichten.

Bundeskanzler Klaus Wowerit – eine alpträumerhafte Vorstellung.

Vizekanzler und Außenminister Oskar Lafontaine. Erschreckend. Gregor Gysi steht indes sicherlich nicht erneut für Regierungsämter zur Verfügung. Nicht nur, dass man nicht weiß, wie sich die konkretisierenden Stasi-Vorwürfe auswirken,

sondern Gysi selbst weiß nach seinem „Selbstversuch“ als Berliner Senator, dass es nicht wirklich seine Profession ist, Verantwortung für die Menschen zu übernehmen.

Die Planungen Klaus Wowerits, als Kanzler einer sozialistischen Bundesregierung bereit zu stehen, werden heute kaum noch geleugnet.

Im Gegenteil – seine Koketterie um seine Ambitionen sind beredtes Zeichen. Sie sind aber zugleich auch gefährlich, weil sie das siechende Gift der Gewöhnung in sich tragen. Man liest, dass Wowerit nicht bereits 2009 antreten wolle, sondern erst 2013. Aber wer weiß? Die Entscheidung der Bundes-SPD, nicht den amtierenden Bundespräsidenten bei einer Wiederwahl zu unterstützen, ist ein Menetekel. Es gibt für einen SPD-Kandidaten keine Mehrheit ohne die Stimmen der Linkspartei.

Soweit darf es aber nicht kommen. Die Berliner Uni-

on, womit ich ausdrücklich die Partei und alle Untergliederungen meine, wird sich einer drohenden rot-roten Bundesregierung in den beiden Wahlen 2009 entgegenstellen.

Die Europawahl, die voraussichtlich am 7. Juni 2009 stattfinden wird, ist dabei aber mehr als nur das Präliminar zur Bundestagswahl. Seit Konrad Adenauer und Helmut Kohl ist Europa ein elementarer Pfeiler deutscher Politik. Für Berlin ist die Einheit der Stadt nicht ohne die Unterstützung der europäischen Nachbarn denkbar.

Wowereit hat unlängst sich vor der Linkspartei gebeugt und gegen das Ansehen und Interesse der Stadt als einziges Bundesland dem Lisbon-Vertrag im Bundesrat nicht zugestimmt. Die Berlinerinnen und Berliner müssen dagegen bei der Europawahl ein Zeichen für Europa, gegen Wowereit und gegen Rot-Rot setzen und im September 2009 bei der Bundestagswahl eine Links-Regierung verhindern helfen.

Der Autor ist Landesvorsitzender der Berliner CDU und Mitglied des Deutschen Bundestages.

ALTERSDISKRIMINIERUNG

Grenzen streichen!

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen Forderung hat der Kreisvorstand der Senioren Union Charlottenburg-Wilmersdorf kürzlich eine Initiative des Bezirksamtes zum Anlass genommen, in einer so genannten Senioren-BVV den Antrag zu stellen, bestehende Lebensaltershöchstgrenzen wie zum Beispiel bei Schöffen/innen, Gutachtern und vergleichbaren Ehrenämtern einer Überprüfung zu unterziehen mit dem Ziele ihres gänzlichen Wegfalles.

Zurzeit besteht immer noch die seit langem gültige Regelung, dass Bewerber, die das 69. Lebensjahr überschritten haben, beispielsweise das Amt eines/r Schöffen/in nicht mehr in Betracht kommen. Diese Forderung wurde von der CDU-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf zum Anlass genommen, folgenden Antrag zu stellen:

Das Bezirksamte wird aufgefordert, sich bei den zu-

ständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Altersbegrenzung für Schöffen/innen aufgehoben wird.

Begründung:

Zu Zeiten einer Anhebung der Lebensarbeitszeit auf mindestens 67 Jahre und einer nachweislich immer längeren Lebenserwartung der Menschen ist die Altersbegrenzung eine nicht zu rechtfertigende Diskriminierung. Wenn beispielsweise einerseits ein lebenslanges Lernen gefordert wird, darf es andererseits keine gesetzliche Hürde geben, das Gelernte anzuwenden.

Der Kreisvorstand der Senioren Union Charlottenburg-Wilmersdorf begrüßt diese Initiative und setzt sich dafür ein, einen gleich lautenden Antrag in der Delegiertenversammlung der Landes-Senioren-Union am 8. Juli 2008 zu verabschieden.

Autor Helmut Kurras ist stellvertretender Landesvorsitzender der Senioren Union Berlin.

TERMIN BITTE FREIHALTEN

Am 25.8. nach Groß Schönebeck

Der Landesverband der Senioren Union Berlin lädt Sie zu einem gemeinsamen Ausflug mit der Heidekrautbahn am Montag, den 25. August 2008 ins brandenburgische Groß Schönebeck ein.

Abfahrt ist um 9 Uhr am Wilhelmsruher Damm im Märkischen Viertel an der Bushaltestelle der Linie 124. Geboten wird der Bustransfer zum Tierpark Schorfheide,



Das Ziel unseres Ausflugs: Groß Schönebeck mit seinem Jagdschloss. (Foto: Doris Antony)

eine Gulaschkanone und ein kaltes Buffet und natürlich die Rückfahrt nach Berlin.

Kinder bis 14 Jahre können kostenfrei mitreisen. Gäste sind herzlich willkommen. Der Selbstkostenanteil liegt pro Person bei 30 Euro.

Eine Einladung mit allen Einzelheiten zur Fahrt geht Ihnen in den nächsten Tagen noch gesondert zu.

EINLADUNG

Am 8.7. ist Delegiertenversammlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie herzlich zur Landesdelegiertenversammlung der Senioren Union der CDU, Landesvereinigung Berlin ein.

Termin: Dienstag, der 8. Juli 2008 um 15 Uhr

Ort: Rathaus Reinickendorf
Eichborndamm 215
13437 Berlin
BVV-Saal



Hier im Altbau des Rathauses Reinickendorf findet die Delegiertenversammlung statt. (Foto: Ratatosk)

Fahrverbindungen:
U-Bahnlinie 8 bis Rathaus Reinickendorf

Als Ehrengäste haben sich Reinickendorfs Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura (CDU) und unser CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt angekündigt.

Gäste sind selbstverständlich herzlich willkommen.

*Detlef Schmidt,
Landesvorsitzender*

Zu der veröffentlichten These des Bundesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Gottfried Ludewig, „Hartz IV-Bezieher und Rentnern“ künftig nur noch ein eingeschränktes Stimmrecht einzuräumen, erklärte der Bundesvorsitzende

ZITAT

Albernheit des RCDS

der Senioren Union der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff:

Solche Albernheiten gehören nicht in die Politik!

Die Senioren Union Berlin kontert mit einem deutschen Sprichwort:

Was ein alter Mensch im Sitzen sieht, sieht ein junger nicht im Stehen.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT (I)

Verteilungskampf Jung gegen Alt?

Die Diskussion über die Zukunft der Rentenversicherung ist noch lange nicht beendet. Von grundsätzlicher Bedeutung ist das umlagefinanzierte System der deutschen Rentenversicherung: Was an Beiträgen der arbeitenden Bevölkerung in die Rentenversicherung einfließt, wird sofort an die Alten weitergeleitet. Eine Kasse zur Deckung künftiger Auszahlungen wurde nie aufgefüllt.

Es existieren – bis auf eine minimale Reserve, die nur für einige Tage Rente reichen würde – keine Rücklagen. Das wiederum heißt: Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Rentner ernähren: Mitte der 70er Jahre haben (in Westdeutschland) 20 Mio.

Beitragszahler 7 Mio. Rentner „bedient“: Das Verhältnis Beschäftigte/Rentner betrug 2,85:1. Mitte der 80er Jahre betrug dieses Verhältnis 2,1:1, 1997 schon 1,7:1 und im Jahre 2006 1,4:1. Das ist innerhalb von 35 Jahren die Halbierung der Beschäftigten zu einem Rentner.

Seit Mitte der 70er Jahre wuchs das Erwerbspersonenpotential (Beschäftigte, Selbständige, Beamte, gemeldete Arbeitslose sowie eine „stille Reserve“, die wohl arbeiten würde, sich aber nicht registrieren lässt) auf etwa 45 Mio. an, das jedoch bis 2020 um 1 Mio. abnehmen und in den folgenden 30 Jahren – bis 2050 – um weitere 7 Mio. auf ca. 37

Mio. absinken wird. Dies jedoch unter der Annahme, dass die Frauenarbeitsquote steigt, eine Nettozuwanderung von 200.000 Menschen stattfindet und das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht wird.

Den knapp 20 Mio. Rentnern von heute stehen nur 27 Mio. versicherungspflichtige Beschäftigte gegenüber. Und der Rentneranteil wird bis 2050 auf 27 Mio. ansteigen. Dieser „demographische Druck“ lässt sich – so die Experten – durch gezielte Reformen abfedern. Die Frage ist nur, welche Reformen?

Autor Prof. Dr. Peter Kolbe ist Kreisvorsitzender der Senioren Union Lichtenberg.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT (II)**Schuldenabbau vor Steuersenkung**

Der Bundesvorsitzende der Senioren Union der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff, hat sich in der aktuellen Debatte um Steuererleichterungen für ein „Festhalten am haushaltspolitischen Konsolidierungskurs“ ausgesprochen.

„So verständlich es auch sein mag, im nächsten Jahr Steuern zu senken, „ sagte Wulff heute in Berlin, „Vorrang muss aber jetzt die Sanierung der Staatsfinanzen haben! Danach sind Steuersenkungen vernünftig und sinnvoll und bringen dem Bürger mehr Einkommen und dem Staat weniger

Schulden, für die er letztlich mit weiteren Steuern ohnehin geradestehen muss. Gerade wir Älteren sind den nachwachsenden Generationen ausgeglichene Haushalte schuldig, die ihnen eigene Entfaltungsmöglichkeiten offen lässt.“

Es sei die „historische Pflicht der Großen Koalition“, die Voraussetzungen zu schaffen, dass so schnell wie möglich ein „neuerschuldungsfreier Haushalt“ aufgestellt werden könne. Wulff: „Wer, wenn nicht die großen Volksparteien, sollte eine solche Herkules-Aufgabe denn überhaupt schultern?“

Ein „Haushalt ohne neue Schulden“ sei überdies ein „Gebot der Generationengerechtigkeit.“ In der Politik dürfe nicht nach dem Motto gehandelt werden: „Nach uns die Sintflut.“

Der CDU-Senioren-Chef forderte die Bundesregierung auf, „unbeirrt am Konsolidierungskurs festzuhalten.“ Dieser Konsolidierungskurs finde in der „wahlentscheidenden älteren Generation breite Unterstützung.“ Wulff: „Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkel eine gute Zukunft haben. Und dafür ist entscheidend, dass die Staatsfinanzen endlich wieder in Ordnung gebracht werden.“



RÜTTGERS-VORSCHLAG

Ein „Bündnis der Generationen“

Prof. Dr. Otto Wulff hat seine Partei aufgerufen, die Diskussion über die Renten-Vorschläge des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden und nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers zu versachlichen. „Es ist doch völlig unbestritten, dass derjenige, der über Jahrzehnte eingezahlt hat, am Ende mehr erhalten muss als jemand, der wenig oder gar nichts eingezahlt hat – das ist Gemeingut der Partei“, sagte das CDU-Bundesvorstandsmitglied Wulff heute in Berlin. „Ich empfehle jedem, der nun einen innerparteilichen Richtungsstreit konstruieren will, den Leitantrag der NRW-CDU

und die Beschlüsse des Leipziger Bundesparteitags 2003 nachzulesen, bevor er sich äußert.“

Die Senioren Union unterstützt die Initiative auch deshalb, da „es überhaupt nicht um die heute über 65-jährigen“ gehe, sondern um künftige Rentner-Generationen. Wulff: „Wie soll denn die Friseurin, die 30 Jahre fleißig bei einem Stundenlohn von heute sechs oder sieben Euro gearbeitet hat, bei der Rente überhaupt noch über Hartz-IV-Niveau kommen? Und wie stellen sich in 40 Jahren die Rentenansprüche heute junger Menschen mit einer Erwerbsbiographie von unbezahlten Praktika, befristeten Verträgen und Teilzeitarbeit dar?“

Zur Zukunftsvorsorge gehöre auch, dass man jungen Familien finanziell wieder „Luft zum Atmen geben“ müsse. Insofern unterstützen die CDU-Senioren „vollinhaltlich“ Vorschläge der Jungen Union, den Grundfreibetrag im Steuerrecht bei jungen Familien auf 8.000 Euro pro Person anzuheben, wie es schon auf dem Leipziger CDU-Bundesparteitag 2003 beschlossen worden sei.

„Wer glaubt, in dieser Frage alt gegen jung ausspielen zu können, irrt gewaltig“, betonte der CDU-Senioren-Chef. „Im Gegenteil: Die längst überfällige Diskussion über diese Themen wird zu einem neuen Bündnis der Generationen führen.“



Landesvereinigung Berlin



Vorsitzender: Detlef Schmidt, ☎ 744 86 86/Fax: 70768487

Geschäftsführer: Werner Robertz, Mobil: 0172-3148567

Geschäftsstelle: ☎ 32 69 04 35

Wallstraße 14a, 10179 Berlin

Beitragskonto: Deutsche Bank 589 8002, BLZ 100 700 00



Reinickendorf

Hans-Peter Marten

☎ 404 36 72

15. Juli (Di) **Besuch der Staatlichen Münze Berlin.**
9 Uhr Führung 10 bis 20 Personen, Dauer etwa 90 Minuten, Preis: 8,50 Euro

Ollenhauerstraße 97,
13403 Berlin

12. August (Di) **Politische Kaffeetafel oder Grillfest** (je nach Wetter)
14 Uhr

St. Joseph oder Christkönig
(Zabel-Krüger-Damm)

9. September (Di) **Politische Kaffeetafel** zu einem aktuellen Thema
14 Uhr

St. Joseph,
Bonifaziusstraße 16

29./30. Oktober **Tagesfahrt nach Dresden** mit Besichtigung des Grünen Gewölbes und der Freuenkirche, inkl. Menü (Fisch oder Fleisch) und Kaffeetafel
 (Mi/Do)

Anmeldung: Werner Robertz ☎ 32 69 04 35 (Do. 9-12 Uhr), sonst: ☎ 431 56 51, mobil: 0172 - 314 85 67



Steglitz-Zehlendorf

Hans-Eckard Bethge

☎ 801 19 09

Mobil: 0170 - 618 34 96

3. Juli (Do) **Das Gespräch:** „Mehr alte Menschen Opfer von Gewalttaten“. Referent: Ulrich-Günter Cichonczyk
15 Uhr

Hans-Rosenthal-Haus,
Bolchener Straße 5

4. September (Do) **Das Gespräch** zu einem aktuellen politischen Thema
15 Uhr

Hans-Rosenthal-Haus,
Bolchener Straße 5

2. Oktober (Do) **Das Gespräch** zu einem aktuellen politischen Thema
15 Uhr

Hans-Rosenthal-Haus,
Bolchener Straße 5



Spandau

Ludwig Möritz

☎/Fax 35 13 12 24

10. Juli (Do) **Politische Kaffeetafel** mit Frank Bewig
(Fraktionsvorstand BVV Spandau)

Info: CDU Spandau

☎ 333 11 33

14. August (Do) **Politische Kaffeetafel** mit Mario Czaja
(MdA, Wuhletal)

Info: CDU Spandau

☎ 333 11 33

11. September (Do) **Politische Kaffeetafel** mit der Jungen
Union Spandau

Info: CDU Spandau

☎ 333 11 33

18. September (Do) **Fahrt zum Scharmützelsee**

Info: CDU Spandau

☎ 333 11 33



Neukölln

Ewald Grabowski

☎ 684 79 57

15. Juli (Di) **Ferienplausch** im Schlosscafé Britz
15 Uhr

August und September Einladungen erfolgen noch gesondert



Friedrichshain-Kreuzberg

Dr. Karl Heinz Beckmann

☎ 242 44 10

Die Veranstaltungen erfragen Sie bitte beim Kreisvorsitzenden



Wuhletal

Rudolf Sudhoff

☎ 562 71 15

13. Oktober (Mo) Vortrag von Prof. Dr. **Monika Grüters**,
13 Uhr MdB, zu aktuellen politischen Lage

Stadtteilzentrum Mosaik,
Altlandsberger Platz 2

im Oktober **Wochenendausflug** nach Bad Kösen:
u.a. Besichtigung der Rudelsburg und
des Naumberger Doms

Info: Rudolf Sudhoff



Charlottenburg-Wilmersdorf

Kurt Pohland

☎/Fax 304 72 92

21.-23. September (So-Di) 7.30 Uhr	3-Tagesfahrt nach Dresden: 2 x Ü/F im Hotel IBIS „Lilienstein“, mit u.a. Stadtrundgang, Moritzburg, Neues Grünes Gewölbe, Schifffahrt nach Pillnitz. Preis: 258 Euro (DZ), 294 Euro (EZ)	Anmeldung: Dieter Breitkopf ☎ 371 15 72 Abfahrt und Ankunft: Rathaus Charlottenburg
--	--	--

Pankow

Heinz Dinter

☎ 472 27 37

9. Juli (Mi)	Schifffahrt von Treptow nach Köpenick und Besuch des Schlosses Köpenick	
20. August (Mi)	Mitgliederversammlung zum Thema Auftrag und Arbeitsweise der Deutschen Gesellschaft e.V. mit Andreas H. Apelt (Bevollmächtigter des Vorstands)	Ev. Wohnstätten „Siloah“, Grabbeallee 2-12
19. September (Mi)	Tagesausflug zum Schlosspark Babelsberg	



Treptow-Köpenick

Ulrich Stahr

☎/Fax 656 52 00

23. Juli (Mi) 14.30 Uhr	Sommerverlockungen: Einladung zum traditionellem Sommerfest mit lukulischem und literarischem Gehalt	Kleingartenanlage Wuhlewiesen, Parzelle 55, 12555 Berlin
1. August (Fr) 18 Uhr	Das Wirtshaus im Spessart: Besuch der Sommeraufführung des „Cöpenicker Stadttheaters“. Karten: 15 Euro (erm. 11 Euro) über Ulrich Stahr	Terrasse der Berliner Bürgerbräu Brauerei, Müggelseedamm 164-165, 12587 Berlin
24. September (Mi) 14 Uhr	Unter den Brücken von Berlin: „Brückenfahrt“ durch Berlin mit Kaffee und Kuchen	Start und Ende: Anlegestelle „Weiße Flotte“, S-Bhf Treptow



Mitte

Waltraud Mehling

☎ 429 39 49

10. Juli (Do) **Ausflug**

10. August (Do) **Politisches Gespräch**
15 Uhr

Neues Stadthaus, Parochialstraße, Zimmer 318

25. September (Do) **Politisches Gespräch**
15 Uhr

Neues Stadthaus, Parochialstraße, Zimmer 318

9. Oktober (Do) **Politisches Gespräch**
15 Uhr

Neues Stadthaus, Parochialstraße, Zimmer 318



Lichtenberg

Prof. Dr. Peter Kolbe

☎ 92 40 98 44

13. August (Mi) Sachstandsbericht **Verkehrsplanung**
18 Uhr **in Berlin** / Kreisparteitag Lichtenberg:
Ergebnisdiskussion / Vergünstigungen
für Rentner in Berlin

Feldmarkschenke,
Prerower Platz 12

8. Oktober (Mi) **Rentnereinsatz in Lichtenberger Schulen** / Einkommenssituation für Rentner:
18 Uhr Welche finanziellen Belastungen sind
für die Zukunft zu erwarten?

Feldmarkschenke,
Prerower Platz 12



Tempelhof-Schöneberg

Heinrich Lemke

☎ 703 97 78

im Juli Besuch der **Villa Liebermann**

im September **Hospiz-Besuch**

im Oktober Entwicklung der **sozialen Versorgung**
der Senioren

Wichtiger Hinweis zu allen angebotenen Busfahrten:

Die Kostenbeiträge werden nur stellvertretend für das jeweilige Busunternehmen angenommen und anschließend vollständig weitergegeben.



Mitmachen!

bei der Senioren Union

Die Senioren Union der CDU

- entwickelt und vertritt ein **Konzept moderner Seniorenpolitik**, das altersspezifische Probleme in wirtschaftspolitischer, gesellschaftlicher und ethischer Hinsicht aufzeigt und Lösungsansätze vorschlägt,
- bringt ihre **Kenntnisse und Erfahrungen** in alle wichtigen politischen **Entscheidungsprozesse** ein,
- wirkt darauf hin, dass zukünftig in allen CDU-Vorständen und in allen CDU-Fraktionen Mitglieder der **älteren Generation angemessen vertreten** sind,
- vertritt **Forderungen**, denen nachweislich **erbrachte Leistungen** gegenüber stehen,
- **bekämpft** jede Form der offenen oder verdeckten **Altersdiskriminierung**.



Aufnahmeantrag in die Senioren Union

Name:		Vorname(n):		Geburtsdatum:	
Anschrift:					
Beruf bzw. frühere Tätigkeit:					
Telefon(e):			eMail:		
Mitglied der CDU		Kreisverband:		Ortsverband:	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein					



Ich bin nicht Mitglied einer anderen Partei

Als Monatsbeitrag zahle ich _____ Euro (Regelbeitrag 2.50 Euro)

Datum:	Unterschrift:
--------	---------------

(Die Mitgliedschaft in der CDU ist keine Bedingung für die Aufnahme in die Senioren Union !)

Bitte denken Sie dran: Der **Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe ist der 31. August 2008.

hellwach!